

Der Nahost-Konflikt ist bis heute als ein Konflikt zwischen den "aggressiven" arabischen Staaten, hinter denen die sowjetischen Interessen stehen, und dem "friedliebenden" Israel, das deswegen die Unterstützung der "freien Welt" genießt, interpretiert worden. All das wurde als Zwang des Faktischen aufbereitet und man verschwieg bewußt die sozialen und politischen Hintergründe der Palästinafrage in der öffentlichen Diskussion.

Schon vor der Gründung des Staates Israel sind Palästinenser gewaltsam durch jüdische Einwanderer aus ihren Wohngebieten verdrängt worden. Mit der Errichtung des Staates Israel, die mit militärischer Gewalt erfolgte, verband sich die Konzeption eines jüdischen Staates auf palästinensischen Boden mit dem politischen Endziel, die Lösung der nationaljüdischen Frage gesamthaft anzustreben und den errichteten Staat nur als Instrument einer Zwischenlösung zu begreifen. In diesem Staat ist der arabischen Bevölkerung so weit sie nicht vertrieben wurde, politische Einflußlosigkeit bis in die Ewigkeit gesichert. Die herrschenden israelischen Kreise errichteten ein System, das den expansiven Charakter ihrer politischen Strategie in wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Hinsicht schrittweise absichert. Die Wirtschaft, abgestellt auf Auslandsdevisen, sorgt für eine günstige Verteilung der ausländischen Spenden für Militärbelange und Wirtschaftsprjekte (wie die Projekte zur Entwicklung der Negevüste und der Sinai-Halbinsel und die der Ableitung des Jordanwassers). Die Militärstrategie, basiert auf den acht Gesetzen von Yigael Yadin, die schon vor dem Suezkrieg entwickelt worden waren, Sie beruht ganz auf Offensivtaktik, befürwortet die permanente Mobilmachung und die indirekte Konfrontation. Die Atomreaktoren, die in Israel gebaut werden, überschreiten in ihrer Kapazität (24 Megatonnen) schon längst die Grenze der friedlichen Nutzung, die sie angeblich haben sollen. Daß diese Strategie durchweg angewendet wurde, zeigen die erfolgreichen Offensiv-Blitzkriege im Juli 48, vom 29. Okt. 6. Nov. 56, und der Sechstagekrieg im Juni 67. In den 8 und 11-jährigen Zwischenphasen fand die gleichfalls vorgesehene Mobilisierung und Absicherung statt. Wie wenig es sich um einen Verteidigungskrieg handelte, geht nicht zuletzt aus den Äußerungen General Hods, dem Oberbefehlshaber der israelischen Luftwaffe hervor, der am 5. Juni 67 im israelischen Rundfunk verkündete: "Die Planung von 16 Jahren steckte in diesen ersten 80 Minuten (Luftangriff v. 5. 6. 67). Wir lebten mit diesem Plan, wir schliefen mit dem Plan, wir nährten uns mit dem Plan. Täglich arbeiteten wir an seiner Perfektionierung." (Sunday Times, 16. 7. 67).

Nach dem Junikrieg wurde der expansive Charakter Israels deutlicher denn je. Hieß es noch kurz vor dem Juni von Ministerpräsident Levi Eschkol: "Israel hat den arabischen Ländern gegenüber keine Eroberungsabsichten", so wurde nach den ungeheuerlichen Annexionen des "friedliebenden" Israel (Jerusalemer Altstadt, westliches Jordanufer, Sinai-Halbinsel, die syrischen Anhöhen und das angrenzende Gebiet) vom israelischen Außenminister Abba Eban verkündet: "Manchmal lassen sich Friede und Sicherheit nicht ohne Territoriale Gewinne erreichen."

In der Konzeption des Nationalen Verteidigungsrates Israels, zeigt es sich, daß dieses System nur durch militärische Gewalt zusammengehalten wird. Die internationale Verbindung der Militärplanung wird deutlich, wenn man weiß, mit welchen Instituten dieser Verteidigungsrat in Kontakt steht: Die Beziehungen reichen vom Nationalen Verteidigungsinstitut von Paris, dem Forschungsinstitut für Militärwesen in Paris und London, hin zu dem Nato-

institut in Paris, zur Randcorporation (USA), dem Hudsoninstitut (USA), dem Planing Research Institute (USA), dem Institut für Kriegs- und Friedensforschung der Columbia-Universität (USA) und dem Institut für Gemeinsame Universitätsforschung.

Das Verbot für die Palästinaflüchtlinge in ihre Heimat zurückzukehren, das seit dem 10. Juli 67 strikt eingehalten wird, hat die Unmöglichkeit friedlicher Lösungen im Nahen Osten bewiesen.

Da man im öffentlichen Bewußtsein den Konflikt heute noch immer für einen Konflikt zwischen verschiedenen Staaten hält, vertraut man auf den machtpolitischen Kompromiß zwischen den Großmächten. Es ist möglich, daß die arabischen Staaten von der Sowjetunion zurückgerufen werden, die bis jetzt die Palästinafrage zur Kaschierung ihrer eigenen sozialen und politischen Konflikte benutzt haben. In den von Israel besetzten Gebieten, die die israelischen Führer in ihr "Groß-Israel" wirtschaftlich und militärisch integrieren, leben 1,3 Millionen palästinensische Flüchtlinge, die seit 1948 vor der ständigen Expansion Israels geflohen sind. Auch in den arabischen Ländern hausen die Flüchtlinge (1,2 Millionen) in elenden Lagern, ständig von israelischen Napalmangriffen bedroht.

Gegen diese Unterdrückung haben sich die Palästinenser in der nationalen Befreiungsfront Al-Fateh organisiert. Al-Fateh erwartet keine Lösung ihrer Probleme von den Großmächten, schon gar nicht von einer Einigung zwischen Israel und den Arabischen Staaten mit ihren feudalen oder pseudo-sozialistischen Regierungen. Al-Fateh organisiert in sozialer Hinsicht die Flüchtlinge und führt täglich den bewaffneten Kampf gegen die zionistische Unterdrückung. Von den arabischen Regierungen erwartet sie Nichteinmischung in die palästinensische Revolution. Sie wollen nicht die Juden vernichten, sondern die herrschenden israelischen Schichten vertreiben. Es geht im Nahen Osten nicht um einen Rassenkrieg, sondern um die soziale Revolution. Je mehr die arabischen Regierungen versuchen, die palästinensische Revolution zu blockieren, desto eher müssen sie mit der sozialen Revolution im eigenen Lande rechnen.

+++++

Wir weisen auf folgende Veranstaltungen hin:

Fotoausstellung "Widerstand in Palästina", vom 3.-13. Juni, 9-19^h

Jügelstr. 1, 1. Stock

Teach-in am 4.6. (Mittwoch) um 16^h, im Festsaal des Studentenhauses

Thema: "Der Junikrieg geht weiter",

"Al-Fateh, Terroristen oder Befreiungsbewegung", Vortrag von Ali Hassau
am 6. Juni, Hörsaal IV, Neubau um 20^h.

Bei allen Veranstaltungen ist schriftliches Informationsmaterial erhältlich.

GUPS, ASV (Arabische Studentenvereinigung), SDS, ISV (Iranische Studentenvereinigung Frankfurt), ASTA, v.l.s.